

gebung und Sozialleistung... auf der äußersten Grenze“ bewege, „die den Sozialstaat vom Wohlfahrtsstaat, vom haltlosen Gefälligkeitsstaat, ja vom Versorgungsstaat hochsozialistischer Prägung“ (!) unterscheidet, ist zwar auch dazu bestimmt, die durch die Aufrüstung bedingte Schrumpfung der Möglichkeiten für selbst kleinste Verbesserungen der sozialen Lage der Werktätigen zu verkleinern. Aber wenn er „dem kollektivistischen Trend des modernen Massenstaats“ „bewußte und gewollte Todfeindschaft“ verkündet²², so zeigt sich hierin doch die nackte und sehr begründete Angst davor, daß die sozialen Kämpfe schließlich in das Ringen um die Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung, des Staates und der Demokratie überhaupt einmünden müssen. Wir haben hier die auch von bürgerlicher Seite richtig beobachtete Erscheinung vor uns, daß auf einer bestimmten Stufe in der Entwicklung der monopolkapitalistischen Gesellschaftsordnung der „Schutz des Staates vor der Gefährlichkeit der Massenbewegungen“²³ gegenüber allen anderen Aufgaben dominiert, der freilich auch durch eine noch so betonte Abkehr von dem ohnehin absurden „Wohlfahrtsstaat“-Gedanken nicht gewährleistet werden kann.

Parallel zum dem Prozeß einer Aktivierung der Werktätigen im ökonomischen Kampf hatte die immer offener und unverhüllter betriebene Kriegs- und Remilitarisierungspolitik der Adenauer-Regierung die Massen auch unmittelbar zunehmend aus ihrer zeitweiligen politischen Lethargie erweckt und zu einer Versteifung der Widerstandsbewegung geführt. Insbesondere auf Grund der vom Weltfriedenslager unter Führung der Sowjetunion ausgehenden erfolgreichen Politik einer Minderung der internationalen Spannungen, die mit der Genfer Konferenz einen Höhenpunkt fand, war auch insoweit die imperialistische Verteidigungsstrategie zum Rückzug gezwungen. Sie nahm schließlich zu Argumenten Zuflucht, denen wegen ihrer Absurdität jeder Einfluß auf das Denken der friedliebenden Bevölkerung von vornherein versagt bleiben mußte. Das trifft beispielsweise auf jene — sogar unter unmittelbarer Bezugnahme auf die Genfer Konferenz — ausgewogene Lösung zu, in der es hieß: „Die Politik der Stärke muß nun wieder vorangetrieben werden“²⁴*. Geradezu irrsinnig waren die Versuche, diese Politik der Stärke als einzig mögliche Alternative zu einem Präventivkrieg gegen die Sowjetunion auszugeben oder der Öffentlichkeit zu suggerieren, daß es besser sei, „sich in einen Atomkrieg zu stürzen und dadurch offenbar Selbstmord zu begehen, als sich widerstandslos den Russen zu ergeben“²⁵.

Die zutage tretende Schwäche ihrer Position hofften die herrschenden Kreise durch eine verstärkte Terrorisierung derjenigen Kräfte auszugleichen, die den Massen ihre wirkliche Lage, die No-w-öndi^{CTK} und den Sinn ihres Widerstandes bewußt, machen konnten. Den Prozessen gegen einzelne Patrioten und Friedenskämpfer²⁶ folgte das Verbot der KPD, in dessen Begründung eine allgemeine Musteranleitung für die Taktik des Terrors gegen alle der Adenauer-Regierung nicht willfährigen Bestrebungen niedergelegt wurde²⁷.

Besonders intensiviert wurde auch der Feldzug gegen die Gewerkschaften, der seinen Anfang schon mit jenem berühmten Ultimatum des Parteivorstands der CDU/CSU an den DGB-Vorstand genommen hatte, durch welches letzterer — vier Tage nach den Bundestagswahlen vom September 1953! — aufgefordert worden war, „in einem bestimmten Zeitraum die durch sein einseitiges Auftreten vor den Bundestagswahlen geschaffene Lage zu korrigieren“²⁸. Die *

Gewerkschaften sollen auf eine von ihnen zutreffend als „selbstmörderisch“ erkannte Linie „parteilichtischer Neutralität“ festgelegt werden und bekommen ständige Ermahnungen zu einer „friedlichen Gesinnung“ vorgesetzt²⁹. In der großbourgeois Presse wird die angebliche Gefahr einer Zusammenballung wirtschaftlicher Macht bei den Gewerkschaften an die Wand gemalt³⁰. Die offizielle Bonner Haltung ihnen gegenüber charakterisierte sich — wie der Vorsitzende der IG Metall, Brenner³¹, feststellte — durch die Beschränkung auf ein „rein formales Bekenntnis zur Duldung ihrer organisatorischen Existenz, ohne daß damit die Anerkennung ihrer funktionellen Bedeutung in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verknüpft wäre“. Die sich in den Ergebnissen der Betriebsräte-wahlen ausdrückende Einstellung der Werktätigen, den jeweils bewußtesten und aktivsten Elementen — unter ihnen selbstverständlich nicht wenigen Kommunisten — in besonderem Maß ihr Vertrauen zu schenken, ruft bei den Monopolen eine unverhüllt zur Schau getragene Bestürzung hervor, und die betreffenden Betriebsleitungen werden scharf getadelt, daß sie sich nicht genug Gedanken „um die menschlichen Beziehungen im Betrieb“ gemacht und zu wenig Aufmerksamkeit auf die Gestaltung des inneren Betriebsgefüges verwendet hätten³².

Auch die SPD ist in höchstem Maße von der anschwellenden Welle des Terrors bedroht und wird durch den Adenauerschen Wahlslogan, demzufolge es bei der kommenden Bundestagswahl darum gehe, „ob Deutschland und mit ihm Europa christlich bleibt oder kommunistisch wird“, darauf gestoßen, was sie zu gewärtigen hat, wenn es dem Bonner Innenminister Schröder ermöglicht würde, seine Ankündigungen über „allerhand weitere Vorkehrungen auf dem Gebiet der Staatssicherheit“ wahrzumachen³³.

Allerdings sind sich die regierenden Schichten der Bundesregierung der Tatsache bewußt, daß bloßer Terror auf die Dauer den Fortbestand ihrer Macht nicht garantieren kann. Sie bekommen zu spüren, daß die friedliebende Politik und die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der DDR, von denen die Werktätigen Westdeutschlands in immer zahlreicheren Kontakten sich unmittelbar überzeugen können, bereits eine mächtige Anziehungskraft auf die Bewußtseinsbildung der Bevölkerung ausüben. Daraus entsprang die Notwendigkeit jener von Adenauer selbst verkündeten „ideologischen Offensive“ gegen den Marxismus-Leninismus, die ihrem Wesen nach einen zutiefst defensiven Charakter trägt. „Es könnte geschehen“, so hören wir jammern, „daß uns eines Tages etliche liebgewordene Annehmlichkeiten des Lebens entzogen werden, da kein noch so großes Wirtschaftswunder bisher ewig gewährt hat. Und dann könnten die hingen Menschen plötzlich den bestechend folgerichtigen Gedanken eines Lenin unvorbereitet begegnen... Die Kirchen und die Schulen... wie die Universitäten“ sollten es sich „angelegen sein lassen... bewußt zu machen, daß es Gegentesen überhaupt gibt“³⁴. Selbst in einem Leitartikel des „Arbeitgeber“ wurde plötzlich bekannt, dem Kommunismus lägen „mächtige, das ganze menschliche und gesellschaftliche Leben umspannende geistige Bewegungen zugrunde, die als solche einen hohen Rang“ einnehmen³⁵.

Verzweifelt ist das Bemühen, dem marxistische[^] Ethos vom Menschen und der Gesellschaft etwas entgegenzusetzen, was die Massen anspricht und gleichwohl ermöglicht, sie in den bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen gefangen zu halten. Es blieb nur die Flucht in die mystischen Regionen des politischen Katholizismus, der infame Miß-

²² zit. nach Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung vom 18. Mai 1957.

²³ Fechner, Die soziologische Grenze der Grundrechte, Tübingen 1954, S. 23.

²⁴ Rheinischer Merkur vom 18. November 1955.

²⁵ Rheinischer Merkur vom 4. November 1955 und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Januar 1956.

²⁶ vgl. NJ 1955 S. 86 f.

²⁷ vgl. Kröger, a. a. O. S. 21 f.

²⁸ siehe ND vom 12. September 1958.

²⁹ Brenner in: Die neue Gesellschaft, m/57, S. 189.

³⁰ Industriekurier vom 19. Januar 1957.

³¹ a. a. O. S. 190.

³² vgl. z. B. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Juli 1957 und Die Welt vom 29. April 1957.

³³ siehe Bundestagsprotokolle, 207. Sitzung vom 8. Mai 1957, S. 11888 C.

³⁴ Die Welt vom 23. April 1957.

³⁵ Osthold in Der Arbeitgeber vom 5. Mai 1956, S. 298.